

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.



Die Baustellen anpacken

Das Wahlresultat am 20. Oktober hat das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Parteipräsidentin Petra Gössi nimmt Stellung und zieht Schlüsse für die Zukunft.

Seite 9

Fortschritt statt Ideologie von gestern

Die FDP setzt sich für Lösungen in der Umweltpolitik ein – doch wer glaubt, das sei das einzige drängende Problem, irrt sich. Fraktionspräsident Beat Walti blickt voraus in die 51. Legislatur.

Seite 10

Der Staat als Preistreiber beim Wohnen

Ziel der Volksinitiative für «mehr bezahlbare Wohnungen» ist erschwinglicher Wohnraum. Mit massiven Markteingriffen würde aber genau das Gegenteil erreicht, erklärt Daniela Schneeberger.

Seite 19

Die Neugewählten stellen sich vor



Seiten 20 bis 23

Vorwärtsschauen und «Fahrt aufnehmen»

Liebe Freisinnige

Der nationale Wahlkampf 2019 gehört bereits wieder der Vergangenheit an. Herzliche Gratulation an Doris Fiala, Beat Walti, Hans-Peter Portmann und Regine Sauter, welche die Wiederwahl geschafft haben. Mit Andri Silberschmidt nimmt eine neue freisinnige Kraft die Arbeit in Bundesbern auf. Ruedi Noser gratulieren wir zum guten Abschneiden bei den Ständeratswahlen und unterstützen ihn nochmals mit voller Kraft im zweiten Wahlgang. Leider hat es für Hans-Ulrich Bigler nicht gereicht. Seine engagierte Arbeit während der letzten Jahre für den Kanton Zürich sei hier ganz speziell dankt. Insgesamt betrachtet, sind wir bei den Wahlen, angesichts der grünen Themenkonjunktur und im Vergleich mit anderen Parteien, mit zwei blauen Augen davongekommen. Mit einem Verlust von «nur» 1,66 Prozent Wähleranteil auf 13,66 Prozent konnten wir unsere 5 Nationalratssitze immerhin halten.

Die FDP Kanton Zürich hat stattgefunden

Wir blicken auf einen Wahlkampf zurück, der nur mit dem grossen Engagement aller Kandidierenden, Helferinnen und Helfern, welche viel Herzblut, Arbeit und Zeit investiert haben, möglich war. Herzlichen Dank an alle! Wir waren präsent mit neuen digitalen Instrumenten, aber auch auf den



Hans-Jakob Boesch

klassischen Kanälen. Die Botschaften unserer Kampagne waren einfacher, witziger, ideenreicher und emotionaler als im Kantonsratswahlkampf. Die Vorgaben zum FDP-Erscheinungsbild wurden

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–8 Zürcher Freisinn
- 9 Petra Gössi Rückblick auf die Wahlen 2019
- 10 Beat Walti blickt auf die nächste Legislatur
- 11 Legislaturrückblick des Generalsekretärs
- 12 Andrea Caroni: Vorwärtsstrategie Wirtschaft
- 13 Damian Müller: Leistungsbilanz Umweltpolitik
- 14 Fotos aus dem Wahljahr
- 15 Das Team FDP im Wahljahr
- 16 Mit Menschenverstand gegen Food-Waste
- 17 Aufruf zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative
- 18 Christa Markwalder zur Kündigungsinitiative
- 19 Daniela Schneeberger über «Mehr bezahlbare Wohnungen»
- 20 Die Neugewählten
- 23 stellen sich vor

Kantonalteil:

Redaktion Zürcher Freisinn
Urs Egger | Kreuzstrasse 82 | 8032 Zürich
T: 043 233 77 00 | F: 043 343 99 68
E: info@fdp-zh.ch | www.fdp-zh.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Liebe Freisinnige

Vieles haben wir in den letzten Monaten richtig gemacht: Unsere Mitglieder und freiwilligen Helferinnen und Helfer haben ein enormes Engagement an den Tag gelegt, das mich zutiefst beeindruckt hat. Leider wurde der grosse Einsatz unserer Basis aber schlecht belohnt – letztlich hat uns der «grüne Tsunami» am 20. Oktober nicht verschont. Jetzt nehmen wir uns die Zeit für eine fundierte Analyse. Einen ersten Rückblick auf den Wahlkampf finden Sie in diesem «Freisinn».

Als Partei des Fortschritts schauen wir aber vor allem nach vorne: Ich freue mich zum Beispiel sehr, einige neue Gesichter in der FDP-Liberalen Fraktion begrüßen zu dürfen! In dieser Ausgabe stellen sich die neuen Nationalrätinnen und Nationalräte gleich selber vor.

Ständerats-Wahlkampf

Diesen November steigen in verschiedenen Kantonen die zweiten Wahlgänge für die noch offenen Ständeratssitze. Jetzt zählen noch einmal der Wille und das Engagement aller Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in den Kantonen. Ich werde unsere Kandidierenden für den Ständerat persönlich unterstützen und wünsche ihnen viel Kraft und Erfolg.

Liberaler Lösungen in allen Themen

Liebe Freisinnige, die FDP ist die Partei der Chancen. Um diese Chancen der Zukunft packen zu können, brauchen wir in allen Themen starke liberale

Lösungen, die wir zusammen erarbeiten. Das hat sich dieses Jahr einmal mehr klar gezeigt. Wir werden unsere Basis stärker einbeziehen. Wie wir bei der Umsetzung unserer freisinnigen Position in der Umwelt- und Klimapolitik unterwegs sind, zeigen wir Ihnen in dieser Ausgabe auf. Zudem präsentieren wir klare Forderungen, um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Denn die Konjunktur schwächelt, unser Land braucht dringend eine Vorwärtsstrategie.

Gehen wir gemeinsam weiter

Vorwärtsgehen wollen wir auch bei der Altersvorsorge, den Gesundheitskosten oder den Bilateralen. Zudem müssen bereits die nächsten schädlichen Initiativen abgewehrt werden, darunter insbesondere die Kündigungsinitiative. Ich bin fest entschlossen, diese Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen anzugehen. Die Schweiz braucht jetzt mehr denn je einen starken, lösungsorientierten liberalen Pol. Gehen wir diesen Weg gemeinsam. Gemeinsam kommen wir weiter.

Viel Vergnügen mit der Lektüre wünscht

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

von allen eingehalten, was die Gesamtkampagne wirkungsvoller und unseren Auftritt einzigartig und unverkennbar gemacht hat. Wir waren situativ auf Ereignisse vorbereitet, wie zum Beispiel die Wahlumfragen. Ruedi Noser ist während vieler Wochen durch den Kanton Zürich gereist, hat Unternehmen besucht, sich mit den Menschen ausgetauscht, Podien bestritten, Reden gehalten und den Blick für das Wesentliche nie aus den Augen verloren, nämlich eine freisinnige und eigenständige Ständeratskandidatur zu bestreiten. Der Wissenstransfer von Urs Egger an die zukünftige Geschäftsführerin Sina Rüdüsüli hat stattgefunden, und auch der grosse Einsatz der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle sei hier erwähnt und herzlich verdankt.

Keine FDP-Themenkonjunktur

Richtig zufrieden können wir mit dem Ausgang der Wahlen aber nicht sein. Statt Wähleranteile dazuzugewinnen, haben wir Einbussen erlitten. Das Thema Klima dominierte die Wahlen, und die wirtschaftlichen Themen spielten keine Rolle, obwohl die Zeichen anders stehen. Wir haben erkannt, dass wir unsere Vorstellungen einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik noch verständlicher formulieren müssen. Das führte unter anderem dazu, dass die Grünen mit einer unbekanntenen Kandidatin ein relativ gutes Ergebnis bei den Ständeratswahlen erzielt haben.

Erschwerend kam auch hinzu, dass die SVP komplett auf uns gezielt hat und die Ständeratskandidatur von Roger Köppel einer Kampfansage gleichkam. Wir kamen dementsprechend von zwei Seiten unter Druck. Trotz dieser Widrigkeiten haben wir weder an die SVP noch in grösserem Umfang an die GLP und die Grünen verloren. Der Vergleich in der Retrospektive stützt diese Einschätzung: In den Jahren 2007 und 2011 waren die grünen Parteien rund 10 Prozent schwächer, und wir konnten nur einen Wähleranteil von 13,15 Prozent bzw. 11,64 Prozent erzielen. Heute zählen wir trotz grüner Welle +13 Prozent Wähleranteile und 1 Sitz mehr als

2007 und 2011. Es geht nicht um Schönreden, sondern darum, die Situation im Gesamtkontext zu beleuchten und zu verstehen. Dass wir einen sechsten Sitz erobern wollten und dies nicht geschafft haben, sehe ich als Auftrag für die nächsten vier Jahre.

Vorwärtsschauen und «Fahrt aufnehmen»

Nun gilt es, uns auf unsere Stärken zu besinnen. Wir sind als Partei ausgezeichnet aufgestellt, vertreten klare liberale Positionen und dürfen auf eine sehr engagierte Mitgliederbasis zählen. Wir werden auch in Zukunft an unserer inhaltlichen Positionierung festhalten. Zum Thema Umwelt und Klima werden wir unsere «Hausaufgaben» machen und in Zukunft verständlicher aufzeigen, was wir darunter verstehen und wie wir es anpacken. Aber es war richtig, dass wir die Umwelt- und Klimapolitik bereits in unseren nationalen Wahlkampf mitgenommen haben. Unsere Verluste wären sonst deutlich höher ausgefallen – davon bin ich überzeugt. Wir werden nicht zur Umweltpartei, wir bleiben eine Wirtschaftspartei. Denn Umweltpolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik. Aber so wie wir auch eine Glaubwürdigkeit in der Sicherheits- und Sozialpolitik haben, arbeiten wir nun daran, dies auch in der Umwelt- und Klimapolitik zu erreichen. Kantonsratsfraktion und Fachkommissionen werden gefordert sein und in der kommenden Legislatur intensiver an diesem Thema arbeiten.

Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf, und für uns hat dieser kommunikativ bereits wieder begonnen. Wir werden auch in Zukunft lösungsorientiert arbeiten, immer mit dem Ziel, dass der Kanton Zürich ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bleibt, welcher den Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen sichert. Wir werden auch nicht damit aufhören, die linke Politik der Bevormundung und Verbote anzuprangern und für die Freiheit von jedem Einzelnen zu kämpfen. Lassen Sie uns gemeinsam «Fahrt aufnehmen» und weitermachen!

Liberale Grüsse
Hans-Jakob Boesch



Nadine Dünner, Fraktionssekretärin

Porträt

Nadine Dünner

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ich freue mich sehr, ab Dezember als Ihre Fraktionssekretärin zu amtieren. Denn obwohl mir auch die Farbe Rot gut steht, schlägt mein Herz für (Züri-)Blau. Ich bin in Zürich aufgewachsen, zur Schule gegangen und habe an der Universität Zürich meinen Bachelor in Kommunikations- und Politikwissenschaften abgeschlossen. Danach ging es für einen Master in European Studies nach Basel, für ein Traineeship bei der EFTA nach Brüssel und für einen LL.M. in Europarecht nach Maastricht. Zurück in der Schweiz arbeitete ich ein Jahr beim EFD – genauer beim Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen SIF – in Bern. Hier beschäftigte ich mich insbesondere mit der Too-big-to-fail-Regulierung von Grossbanken, bevor ich endgültig heimkehrte. Als Zöifsterochter vermisste ich Zürich und seine liberale Tradition besonders.

Mit meinem zöiftigen Umfeld teile ich die liberal-bürgerliche Grundhaltung der FDP, welche in der heutigen politischen Landschaft der Schweiz eine wohlthuende Stimme der Vernunft ist. Daher freue ich mich umso mehr, nun für die FDP Zürich zu arbeiten und sie bei ihrer Arbeit in der Fraktion, auf Social Media und bei Kampagnen zu unterstützen.

In meiner Freizeit geniesse ich meinen Dachterrassengarten, koche mich durch ein Kochbuch oder treibe Sport, sofern ich nicht gerade mit dem zöiftigen Leben beschäftigt bin.

Parolen für die Abstimmung vom 9. Februar 2020

Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen: **Nein**

Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich: **Ja**

JUSO Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen»: **Nein**

JFZH Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»: **Ja**

Impressionen aus dem Wahlkampf





Klare Mission

Bericht aus dem Fraktionsseminar

Die Kantonsratsfraktion hat sich Ende September das erste Mal in der neuen Zusammensetzung zum Fraktionsseminar getroffen. In Islikon im Hotel Greuterhof hat die Fraktion die Legislaturschwerpunkte für die nächsten 4 Jahre diskutiert. In der Vorbereitung für das Fraktionsseminar haben die Ausschüsse der Fraktion die aus ihrer Sicht wichtigen Geschäfte und Themen definiert, die den Kantonsrat in dieser Legislatur beschäftigen werden. Daraus wurden fünf Schwerpunktthemen gewählt, die in Gruppen weiter vertieft wurden. Die übergeordnete Mission lautet: Wohlstand und Perspektiven für die Bevölkerung schaffen mit Innovation, Anreizen und – wo nötig – Lenkung. Die Men-

schen im Kanton Zürich sollen in einer sicheren und intakten Umwelt ein möglichst freies und eigenständiges Leben führen können.

Innovation und Pioniergeist

Bevor sich die Fraktion an die Arbeit machte, stellte unsere Regierungsrätin Carmen Walker Späh die Legislaturschwerpunkte des Regierungsrates vor. Der Kanton Zürich soll seine nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten und mit Innovation und Pioniergeist die Herausforderungen des digitalen Zeitalters meistern. Sie appellierte zudem für einen zeitgemässen und effizienten Ratsbetrieb, da es grosse Herausforderungen zu

bewältigen gibt. Parteipräsident Hans-Jakob Boesch gab ebenfalls inhaltlichen Input für das Seminar aus Sicht der Kantonalpartei. «Auch in der nächsten Legislatur dürfen wir unseren liberalen Kompass nicht verlieren», lautet der klare Auftrag an die Fraktion.

Umweltpolitik ist Wirtschaftspolitik

Die Fraktion möchte sich in den nächsten 4 Jahren insbesondere für einen attraktiven und innovativen Werk- und Forschungsstandort, ein bedarfsgerechtes, hochwertiges duales Bildungssystem und die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Schule einsetzen. Weiter will sich die Fraktion für liberale Lösungen zum Schutz von Klima und Umwelt sowie die Förderung der Biodiversität widmen und an die bereits eingereichten Vorstösse in der letzten Legislatur anknüpfen. Es ist wichtig, dass die FDP sich hier klar positioniert und aufzeigt, dass Umweltpolitik auch Wirtschaftspolitik ist. Das Ziel ist eine innovative Umweltpolitik, die ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig ist. Eng verbunden mit diesem Thema ist das fünfte Schwerpunktthema «sichere, saubere und effiziente Mobilität und eine leistungsfähige und nachhaltige Infrastruktur». Die Fraktion will sich diesbezüglich für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer starkmachen. Der Kanton Zürich soll auf allen Wegen gut erschlossen sein und eine nachhaltige Infrastruktur vorweisen. Hier schliesst sich der Kreis zu den von Carmen Walker Späh, im Rahmen der Präsentation der Legislaturziele der Regierung, angetönten «smarten» Mobilitätslösungen.

Natürlich kam auch der gesellige Teil nicht zu kurz, und die Fraktion konnte bei einem gemütlichen Abendessen nicht nur politische Themen vertiefen.

Beatrix Frey-Eigenmann



Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik – quo vadis?

Gesundheitspolitik ist ein komplexes Thema und provoziert oft politischen Populismus. Die Volksinitiative mit dem verlockenden Titel «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» kommt beispielsweise bisher in der Bevölkerung sehr gut an. Erste Hochrechnungen sprechen bereits von über 80 Prozent Zustimmung. Das finden wir sehr beunruhigend, denn in Tat und Wahrheit werden sture Planwirtschaft sowie willkürliche und ethisch heikle Rationierung mittels Globalbudgets gefordert.

Hohe Gesundheitskosten sind ein grosses Problem, und steigende Krankenkassenprämien belasten den unteren Mittelstand. Deshalb hat der Kantonsrat Zürich bereits in der letzten Legislatur das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz einstimmig angenommen. Bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) steht nun denjenigen mehr Geld zur Verfügung, die wirklich darauf angewiesen sind. Die Abkehr vom unliberalen Giesskannenprinzip hin zur Unterstützung von wirklich Bedürftigen ist bekanntlich ganz in Sinne der Zürcher FDP. Im Gegenzug erhalten nun also Personen keine IPV mehr, wenn sie ein grosses Einkommen haben, aber bisher IPV aufgrund von Steueroptimierungen bezogen haben oder wenn sie als erwachsene Kinder vermögender Familien noch in Ausbildung sind. Dass der Kanton Zürich 2019 fast 1 Mrd. Steuer-gelder alleine für IPV ausgibt, ist aber dennoch bemerkenswert. Darum sollte als Nächstes überprüft werden, welche Leistungen zu welchem Preis für die Gesundheitsversorgung wirklich nötig sind.

Bei der Volksinitiative «Kostenbremse im Gesundheitswesen» wird zwar der Preis hinterfragt, aber leider zu einem ungezielten Kahlschlag von medizinischen Leistungen angesetzt. Die Initianten verlangen vom Bund nicht genauer definierte Spar-massnahmen, wenn die Gesundheitskosten stärker steigen als das Einkommen. Zusammengefasst führt die vorgeschlagene Kostenbremse zu einem Gesundheitsglobalbudget. Es wird überstürzt und willkürlich definiert, bei welchen Leistungen gespart werden soll. Soll sich beispielsweise ein Hausarzt gegen das Jahresende plötzlich fragen: «Welchem Patienten soll ich empfehlen, die eigentlich nötige Hüftoperation aufzuschieben?»

Es liegt in der Natur des Gesundheitswesens, dass es schon heute nicht immer den Gesetzen des freien Marktes folgen kann. Mit der vorliegenden Initiative wird aber eine Planwirtschaft ausgelöst, welche ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und Umstände von Patientinnen und Patienten mit

einem stur einkommensabhängigen Mechanismus bei den Kosten durchgreifen will. Das ist nicht zielführend.

Folgende Massnahmen zur Kostendämmung sind nach unserer Ansicht sinnvoller: Kritisches Hinterfragen der medizinischen Leistungen im Grundleistungskatalog, Initiativen wie «smarter medicine», Förderung von «patient empowerment», einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen, Anpassung der Tarifierung ohne Fehlanreize für stationäre Leistungen, Aufklärung und Eigenverantwortung bei der Prävention.

Die FDP soll und muss den Lead übernehmen für eine nachhaltige, auf Effizienz und Qualität ausgerichtete Gesundheitspolitik, bei welcher die Leistung und der Patient und nicht Bürokratie und Fehlanreize im Mittelpunkt stehen!

Dr. med. Bettina Balmer-Schiltknecht
Kantonsrätin FDP

Prof Dr. Dr. med. Frank Rühli
Präsident Gesundheitskommission FDP Schweiz



Dr. med. Bettina
Balmer-
Schiltknecht



Prof Dr. Dr. med.
Frank Rühli

Abschied

Selbstbewusst in die Zukunft blicken

Liebe Leserinnen und Leser



Mit dieser Ausgabe des «Zürcher Freisinns» verabschiede ich mich als Redaktor und Geschäftsführer der Kantonalpartei von Ihnen. Seit dem Beginn meiner Tätigkeit im Herbst 2013 hat sich die Situation der FDP im Kanton Zürich verändert, und zwar zum Guten. Klar hätten wir uns bei den Wahlen 2019 ein besseres Abschneiden gewünscht. Die Partei steht aber bezüglich Anzahl Sitzen im Nationalrat, im

Kantonsrat und in vielen Gemeinden besser da als 2011. Neben diesen Fakten scheint mir aber vor allem die Stimmung in der Partei entscheidend. Haben sich in der Vergangenheit viele Freisinnige kaum mehr getraut zu sagen, dass sie in der Partei aktiv sind, sieht dies heute ganz anders aus. Man bekennt sich wieder zur FDP. Die ganze Partei setzt sich im Wahlkampf ein. Gerade der Ständeratswahlkampf mit über 1000 Wildplakaten im ganzen Kanton hat dies eindrücklich gezeigt. Die FDP Kanton Zürich ist eine Volkspartei. Diesen Vorteil gegenüber jüngeren Parteien wie die Grünen oder auch die GLP müssen wir behalten und durch stete Werbung von Mitgliedern sogar noch ausbauen.

Die FDP hat aber auch gelernt, mutiger, aktiver und zum Teil pointierter aufzutreten. Dies braucht

es vor allem beim Wahlkampf in den Social Media. Der stete Wandel der Kommunikationskanäle wird auch in Zukunft eine Anpassung der Wahlkampf-mittel verlangen. Ich bin sicher, dass die Partei hierzu bestens gerüstet ist.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, weiterhin viel Erfolg und Freude mit der FDP. Die Partei ist ja nicht nur eine Wahlkampforganisation, sondern bietet ihren Mitgliedern auch Gelegenheiten für geselliges Beisammensein. Meiner Nachfolgerin, Sina Rüdüsüli, wünsche ich ebenfalls viel Erfolg und gute Zusammenarbeit mit allen Stufen der Partei. Last but not least freue ich mich auf viele positive Meldungen über die Umsetzung der liberalen Grundsätze. Obwohl ich nun weniger in der Öffentlichkeit stehen werde, setze ich mich weiterhin für die liberale Sache ein.

Mit herzlichen Grüssen
Ihr Urs Egger

FDP Stadt Zürich

Jetzt erst recht für den 17. November

Ein Wahlkampf für die Freisinnigen in der links-grün dominierten Stadt Zürich ist kein Spaziergang. Dem Wahlkampfteam war klar, dass es zusätzlich zur starken kantonalen FDP-Kampagne auch eine städtische braucht. Es hat sich gelohnt.

Dank zahlreicher Spenden von Mitgliedern und Firmen, denen an dieser Stelle noch einmal herzlichst gedankt wird, konnten wir in der ganzen Stadt – in rund 250 000 Haushalte – einen Flyer in die Briefkästen verteilen lassen. Die Aktion wurde durch eine gezielte Plakatkampagne verstärkt. Hauptverdienst am guten Abschneiden zahlreicher Kandidierender hatten aber die Politikerinnen und Politiker selbst. Vom ersten Platz, Doris Fiala, bis zum 35. Platz, Thomas Hofstetter, haben alle einen enormen Einsatz geleistet. Ob morgens früh, im Feierabendtrubel oder abends auf Podien, die Freisinnigen waren – oftmals zum Ärger anderer Parteien – so präsent wie noch nie. Auch ihnen allen einen herzlichen Dank! Die FDP Stadt Zürich ist stolz darauf, weiterhin mit Doris Fiala und Regine Sauter die beiden weiblichen Zürcher FDP-Nationalrätinnen in Bern zu stellen sowie den jüngsten freisinnigen Zürcher Vertreter Andri Silberschmidt, der den Einzug in den Nationalrat ebenfalls glanzvoll geschafft hat. Herzliche Gratulation!

Gegen links-grüne Geldverbraterei

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Nun gilt es, mit allen Kräften Ruedi Noser im zweiten Wahlgang für den Ständerat zu unterstützen. Auch wenn viele nach dem intensiven Wahlkampf ausgepowert sind: Wir müssen alle bis zum 17. November nochmals auf die Strasse und die Wählenden überzeugen,

Ruedi Noser als bewährte Kraft in den Zürcher Ständerat zu wählen.

In der Stadt Zürich finden am 17. November auch vier Volksabstimmungen statt. Die FDP Stadt Zürich hat hierzu eine Kampagne lanciert. Die Freisinnigen unterstützen die sinnvollen Infrastrukturprojekte Neubau der Schulanlage Allmend und die Vereinbarung zum Forensischen Institut (FOR). Sie wehren sich aber gegen die zunehmende links-grüne Geldverbraterei beim Gegenvorschlag zur



Patrik Brunner und Claudia Simon

1-Prozent-Initiative und bei Instandsetzung und Umbau der Liegenschaft Röschiachstrasse 24/26.

Patrik Brunner
Wahlkampfleiter FDP Stadt Zürich
Claudia Simon
Geschäftsführerin FDP Stadt Zürich

FDP Stadt Winterthur

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Im Gesamtergebnis der Nationalratswahlen hat die FDP des Kantons Zürich ihre fünf Sitze halten können. Das ist angesichts der Umstände erfreulich. Der Wahlkampf ist sehr engagiert geführt worden. Allerdings hat die Klimawelle dazu geführt, dass die FDP an Wählerprozenten eingebüsst hat.

Aus Winterthurer Sicht ist das Ergebnis trotz allem unbefriedigend. Die sechstgrösste und mittlerweile 115 000 Einwohnerinnen und Einwohner zählende Bildungs- und Kulturstadt und der ganze nördliche Teil des Kantons sind weiterhin nicht in Bundes-

bern vertreten. Im Ergebnis vom vergangenen Wahlsonntag offenbaren sich zwei gravierende Bruchlinien. Zum einen sind keine Vertreterinnen und Vertreter der ländlichen Region des Kantons gewählt worden. Alle Gewählten stammen aus der



Dieter Kläy

Stadt Zürich oder Zürich sehr nahe gelegenen Gemeinden am Zürichsee. Es war das erklärte Ziel der FDP Winterthur, eine Vertreterin oder einen Vertreter der FDP nach Bern zu entsenden. Das hat nicht geklappt.

Erfreulich ist immerhin, dass die fünf Kandidierenden aus Winterthur passable Ergebnisse erzielen konnten: Kantonsrat Martin Farner startete auf dem ersten Er-

Fortsetzung auf Seite 8

Jungfreisinnige Kanton Zürich

Rückblick auf die nationalen Wahlen



Silvan Stöckli

48 700 Stimmen haben sich die Jungfreisinnigen in Zürich an den Nationalratswahlen gesichert. 48 700 wertvolle Stimmen für die Sicherung des 5. Sitzes der FDP. Unsere Partei verzeichnete einen Zuwachs an Stimmen von 10 Prozent im Vergleich zu 2015.

Das Highlight dieser Wahlen ist für uns natürlich Andri Silberschmidt! Wir freuen uns, endlich ein liberales Sprachrohr unserer Generation in Bern zu wissen. Im letzten Artikel habe ich erwähnt, dass auch Jungen eine Chance im Parlament gegeben werden muss, denn sie können es! Andri hat diese Chance erhalten und darf Sie nun von diesem Statement überzeugen.

Wir haben es wieder einmal geschafft, während des Nationalratswahlkampfes unter die Menschen zu kommen und durch verschiedenste Aktionen von unseren Themen zu überzeugen. Unser Motto «Entscheid sälber» hat im Jungfreisinn mittlerweile eine Dynamik entwickelt, denn er spricht das grundsätzliche gesellschaftliche Bedürfnis nach Freiheit an. Genau dort wollen wir alle Menschen erreichen!

Emotionale Themen beeinflussen das Wahlverhalten überproportional. Emotional sind aber weder ein Rahmenabkommen noch eine Altersvorsorge und vor allem keine aktuellen wirtschaftlichen Probleme. Denn deren Gefahren haben sich noch nicht in das Bewusstsein der Gesellschaft gebrannt. Unsere Entscheidungsfreiheit, die Freiheit, ein gesellschaftliches Verbot in Frage zu stellen und neu zu definieren, was legal und illegal ist, das können emotionale Themen sein. Wenn wir den Fokus in unserem Wahlkampf wieder auf Gesellschaftsliberalismus lenken, erreichen wir auch wieder unsere Volksnähe. Wir erreichen so auch wieder Menschen, die kein Interesse an der Wirtschaft haben, jedoch an einer liberalen, freiheitlichen Gesellschaftsform. Hier lauert unser grosses Wählerpotenzial, und dieses müssen wir im nächsten Wahlkampf nutzen. Weg vom Ruf des Konzernsprachrohres über zum Verfechter persönlicher Freiheit. In den nächsten vier Jahren umso mehr! Denn haben wir eine freiheitliche Gesellschaft, kommt die wirtschaftliche Freiheit und deren Aufschwung von allein. Die Jungfreisinnigen werden diesen Weg weitergehen und freuen sich, bald wieder gemeinsam mit der FDP für eine liberale Gesellschaft kämpfen zu dürfen.

Silvan Stöckli, Wahlkampfleiter

Fortsetzung von Seite 7

satzplatz und konnte seinen Platz dank einem sehr engagierten und überzeugenden Wahlkampf halten. Die Winterthurer Stadträtin Barbara Günthard-Maier kämpfte ebenfalls sehr engagiert, verliert aber eine Position auf der Liste und belegt den dritten Ersatzplatz. Die anderen Kandidierenden erzielten folgende Ergebnisse: Urs Hofer im Endergebnis auf Platz 11 (–2 Positionen auf der Liste), Dieter Kläy auf Platz 14 (+8) und Prisca Koller auf Platz 22 (+1).

Die zweite Bruchlinie betrifft das Gewerbe. Vom Gewerbe unterstützte Kandidierende haben auf der FDP-Liste fast durchwegs Plätze verloren. Ganz besonders bedenklich ist die Abwahl des Gewerbeverbanddirektors Hans-Ulrich Bigler. Die FDP kämpft für optimale Rahmenbedingungen für alle Unternehmen, eine liberale Wirtschaftsordnung und einen flexiblen Arbeitsmarkt. Damit dieser Anspruch auch wirklich eingelöst werden kann, braucht es Vertreterinnen und Vertreter des Gewerbes.

Die FDP Winterthur wird an ihrem Engagement und an ihren Zielsetzungen festhalten. Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Dieter Kläy
Präsident FDP Winterthur

FDP Frauen Kanton Zürich

Die FDP Frauen sind Wahlgewinnerinnen!

Wir dürfen mit Blick auf die neue Frauenvertretung im Nationalrat stolz sein: Der Frauenanteil ist um 10 Prozent gestiegen. Schweizweit haben die FDP Frauen im nationalen Parlament mit 13,3 Prozent am meisten zugelegt.



Sibylla Stoffel-Hahn

Unsere beiden bisherigen Nationalrätinnen Doris Fiala und Regine Sauter wurden mit einem Glanzresultat im Amt bestätigt. Wir gratulieren unseren Kandidatinnen für das ausserordentliche gute Resultat. Total haben unsere 12 Kandidatinnen 15 Plätze vorwärtsgebracht, ein Rekord.

Warum dieser Erfolg? Einerseits ist klar: 2019 dominierte als Thema nicht nur der Klimawandel, sondern auch das grosse Anliegen der Frauen für

eine viel stärkere Vertretung im Bundeshaus. Die FDP Frauen haben in den letzten vier Jahren kontinuierlich auf die Besetzung von relevanten Themen gesetzt und diese Aktivitäten im Wahlkampf mit den Kandidatinnen verstärkt. Es waren dies einerseits die klassischen Kernthemen der FDP Frauen Kanton Zürich, wie Bildung, Sicherheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mit Anlässen zum Lehrplan 21, zu Social Media, zu «Frauen für die Sicherheit – Sicherheit für die Frauen», zu Leihmutterchaft und zur Stellung der Frau in den drei Religionen.

Andererseits konnten wir ein grosses parteiexternes Interesse wecken mit dem innovativen Thema Blockchain. Auch neue Ansätze wurden ge-

sucht, insbesondere bei Umwelt- und Klimathemen. Ein Anlass zur Wasserstoff-Technologie für Fahrzeuge oder eine Exkursion ins Gletschergebiet sowie mit Reisen nach Mailand zum Thema verdichtetes Bauen und ökologische Architektur. Zudem haben die FDP Frauen in den letzten Jahren stetig Frauen motiviert und unterstützt, sich für eine politische Karriere zur Verfügung zu stellen. Der Besuch des Zürcher Kantonsrats unter der Leitung von alt Kantonsratspräsidentin Brigitta Johner oder ein Besuch von Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Bundeshaus waren Anschauung pur, was man erreichen kann.

Mit der nötigen Gelassenheit werden wir engagiert das Ziel einer ausgewogenen Vertretung im Bundeshaus weiterverfolgen, selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit der Mutterpartei. Und genau so eine Zusammenarbeit werden wir sofort in Angriff nehmen – nämlich eine engagierte Wahlunterstützung für unseren Ständerat Ruedi Noser für den 2. Wahlgang!

Sibylla Stoffel-Hahn
Präsidentin FDP Frauen Kanton Zürich



Baustellen in der neuen Legislatur anpacken

Zu den Wahlen 2019

Das Wahlergebnis am 20. Oktober war eine Enttäuschung. Der grüne Tsunami hat uns trotz Schärfung unserer liberalen Umweltpolitik nicht verschont und das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Aber jetzt müssen wir nach vorne schauen – denn in vielen Politikbereichen braucht es liberale Lösungen, gerade auch in der neuen Ausgangslage.

Der Rückgang in Wählerprozenten enttäuscht. Vor allem schmerzen die Sitzverluste. Umso mehr, weil sie liberale Menschen treffen, die sich über Jahre mit Herzblut für unsere Heimat eingesetzt haben. Wir nehmen uns nun die Zeit für eine fundierte Analyse. Bereits jetzt lassen sich jedoch einige Schlüsse ziehen. So zeigt sich, dass eine gute Personalplanung absolut zentral ist. Wir brauchen in allen Kantonen langfristige Nachfolgestrategien mit entsprechenden Ausbildungen und Förderprogrammen. Ebenfalls wichtig sind langfristige Überlegungen zu möglichen Allianzen und Listenverbindungen, die von Kanton zu Kanton unterschiedlich sein können.

Gefreut hat mich das Engagement der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Es wurden Hunderte von Aktionen durchgeführt, und es wurde mit viel Freude und Elan gekämpft. Dieses Basisenga-

gement müssen wir weiter stärken. Es führt nichts daran vorbei, das Wissen und das Engagement unserer Mitglieder aller Ebenen weiter zu fördern und darauf zurückzugreifen.

Wir müssen an unseren Positionen arbeiten

Ein breit diskutiertes Thema in diesem Wahlkampf war die Stärkung unserer Umweltpositionierung im Wahljahr. Ich bin heute mehr denn je der Überzeugung, dass es die richtige Entscheidung war – auch in einem Wahljahr. Es ist heute klar, dass wir damit Schlimmeres verhindert haben. Die Stärkung wird sich in Zukunft noch mehr auszahlen. Ich bin überzeugt, dass wir hier den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Trotzdem, wir müssen uns jetzt grundsätzliche Gedanken machen. Denn die drei letzten nationalen Wahlen haben klargemacht, dass in erster Linie

extern diktierte Themen über Erfolg und Nichterfolg bestimmen. Dies zeigt, dass wir an all unseren Positionen konsequent arbeiten und diese weiterentwickeln müssen – damit wir auf alles vorbereitet sind. Wir brauchen in allen Themen starke Lösungen, die sich gegen diejenigen der anderen Parteien durchsetzen. Wir müssen inskünftig in allen Bereichen bereit sein, den Menschen liberale Lösungen offensiv präsentieren zu können. Hier liegt die Verantwortung von uns als Volkspartei. Schliesslich haben wir in den nächsten Jahren gemeinsam grosse Herausforderungen zu stemmen. Ich denke insbesondere an die Altersvorsorge und die Wirtschaftssituation.

Expertise aus der Basis einbeziehen

Dabei müssen wir die Expertise aus unserer Basis miteinbeziehen, wie das beim Themenkomplex Umwelt und Klima geschehen ist. Die Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Perspektive und ihre Lösungsvorschläge bezüglich eines Problems einzubringen. Geeignete Gefässe sind zu schaffen, und der Prozess ist zu definieren. Klar ist, dass der ordentliche Prozess der Positionierung erhalten bleiben muss.

Ich möchte mich nochmals ganz herzlich für Ihr Engagement für unsere Partei bedanken. Gerade jetzt braucht es uns mehr denn je!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Fortschritt statt Ideologie von gestern

Viele Herausforderungen für die 51. Legislatur

Das Wahlergebnis vom 20. Oktober zeigt, dass die Bevölkerung in der nächsten Legislatur Lösungen in der Umwelt- und Klimapolitik erwartet. Die FDP steht zu den ambitionierten Zielen – doch wer glaubt, das sei das einzige drängende Problem, irrt sich. Es braucht v. a. auch in der Europapolitik, bei der Rentenreform und in der Steuerpolitik liberale, freisinnige Lösungen zugunsten einer fortschrittlichen und zukunftsfähigen Schweiz. Auch in der 51. Legislatur wird die FDP auf die Kraft des Wettbewerbs setzen und rot-grüne Planwirtschaft und Bevormundung ebenso bekämpfen wie konservative Abschottung.

Der Ausgang der eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober war für die FDP ein Ausrufezeichen und ein Auftrag zugleich. In der kommenden Legislatur wird es absolut zentral sein, eine rot-grüne Politik der Bevormundung und Verbote zu verhindern. Die FDP wird im Zeichen des Fortschrittes weiterhin je nach Dossier und Vorlage mit unterschiedlichen Partnern Mehrheiten suchen, um die Schweiz weiter vorwärtszubringen.

Europapolitik: Sicherung des bilateralen Wegs

Das Europadossier wird die Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode weiter intensiv beschäftigen. Einerseits gilt es, die brandgefährliche Kündigungsinitiative konsequent zu bekämpfen, weil sie das Ende des erfolgreichen bilateralen Weges bedeuten würde. Andererseits muss das zukünftige Verhältnis zur EU geklärt werden: Das Rahmenabkommen ist nötig, um den Zugang zum EU-Bin-

nenmarkt langfristig zu sichern und zu entwickeln. Aus Sicht der FDP ist das Verhandlungsergebnis im Grundsatz gut. Der Bundesrat muss aber weitere Konkretisierungen anbringen, wo der Vertragstext zu viel Interpretationsspielraum lässt.

Ehrliche Reform der Altersvorsorge

Wenn sich das Parlament zu Beginn der neuen Legislatur über die Reform AHV21 beugt, darf nicht erneut eine Ausbau-Vorlage entstehen, die später vom Volk abgelehnt wird. Wichtig ist, dass die Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre mit Augenmass festgelegt werden und die Einsparungen nicht gleich wieder zunichtemachen. Die Reform muss möglichst rasch in Kraft treten, damit die Finanzierung der AHV für die kommenden Jahre gesichert ist. Die langfristige Stabilisierung über eine strukturelle Reform ist ebenfalls in der nächsten Legislatur aufzugleisen. Zudem ist die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt in der zweiten Säule einzudämmen.

Attraktives steuerliches Umfeld

Kaum ist mit der STAF17 die Reform der Unternehmensbesteuerung gelungen, ziehen bereits wieder dunkle Wolken am Horizont auf. So plant die OECD eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft, welche u. a. eine internationale Mindestbesteuerung von Unternehmen bewirken soll. Um vorzuzugewinnen und konkurrenzfähig zu bleiben, muss die Schweiz bestehende steuerliche Wettbewerbsnachteile abbauen. Ich denke dabei etwa an die angekündigte Reform der Verrechnungssteuer und die Abschaffung der Stempelabgaben. Der berechtigte Feldzug gegen die «Heiratsstrafe» kann nur mit der Individualbesteuerung erfolgreich abgeschlossen werden. Der Kampf gegen die 99-Prozent-Initiative der JUSO bietet die Chance, die extreme Progression der Besteuerung zu thematisieren.

Freisinnige Lösungen für Energie und Umwelt

Nachdem der Ständerat in der Herbstsession 2019 den Weg für einen tragfähigen Kompromiss bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes vorgespurt hat, liegt der Ball jetzt bei der grossen Kammer, um gezielte Verbesserungen an der Vorlage vorzunehmen. Es braucht Massnahmen im In- und Ausland, die auf Fortschritt, Eigenverantwortung und Kostenwahrheit setzen. Wir werden uns dabei auch weiterhin am freisinnigen Positionspapier zur Umwelt- und Klimapolitik orientieren. Zudem muss endlich die vollständige Strommarktöffnung in die Wege geleitet werden, um u. a. die Versorgungssicherheit zu sichern.

Beat Walti
Nationalrat, Fraktionspräsident

Ein gutes Team: Die FDP-Liberale Fraktion (hier noch vor den Wahlen) und die Mitarbeiter des Generalsekretariats.



Vier fordernde Jahre

Die Struktur der Partei in Vollbelastung

Eine äusserst intensive Legislatur liegt hinter der Partei. Nicht nur politisch, sondern auch in der Parteistruktur wurden wichtige Weichen gestellt. Ein breites Fundament für die nächsten Jahre ist gelegt.

Wohl kaum eine andere Partei hatte in der vergangenen Legislatur so viele Grossprojekte zu bewältigen. Insbesondere drei Ereignisse waren für die Partei wichtige Weichenstellungen: Der Wechsel des Parteipräsidioms, wo Petra Gössi das Zepter von Philipp Müller übernahm. Dann der Rücktritt von alt Bundesrat Didier Burkhalter 2017 und der Prozess bis zur Wahl von Bundesrat Ignazio Cassis sowie schliesslich, nur ein Jahr später, der Rücktritt von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann und die Wahl von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Planung, Organisation und Durchführung dieser aussergewöhnlichen Ereignisse waren eine grosse Herausforderung für die Parteistrukturen, insbesondere auch für das Generalsekretariat.

Im Laufe der Legislatur hat das «GS» als politische Stabs- und administrative Zentralstelle der Partei eine umfangreiche Reorganisation erfahren, um noch schlagkräftiger zu werden. Als Beispiel dient die Professionalisierung der Parteianlässe: Wir haben unter anderem 15 Delegiertenversammlungen, 2 Parteitage, 4 Fraktionsseminare, 1 nationaler Wandertag, 1 Jubiläumswochenende und 1 Wahlkampfcamp erfolgreich gestemmt. Von Anlass zu Anlass haben wir weiteroptimiert und jedes

Mal ein höheres Niveau erreicht. Daneben nahmen wir wichtige Investitionen und Entwicklungen im digitalen Bereich vor, die für die langfristige Arbeit der Partei zentral sind.

Alle Bereiche des Generalsekretariats gefordert

Die FDP ging zudem aus 31 von 33 Volksabstimmungen als Siegerin hervor. Das zeigt, wie nah der Freisinn an den Menschen politisiert. Es zeigt aber auch, dass das Kampagnenteam der Partei hervorragende Arbeit leistet. In besonderer Erinnerung bleiben mir Vorlagen wie die Durchsetzungs-Initiative, die Altersvorsorge 2020, die Selbstbestimmungs-Initiative, die AHV-Steuervorlage STAF – aber auch die verlorene Unternehmenssteuer-Reform III.

Auch auf inhaltlicher Ebene haben wir viel erreicht, etwa durch wichtige Positionspapiere. Besonders hervorzuheben sind hier die Vorwärtsstra-

tegie Wirtschaft, das Europapapier und natürlich unsere Position für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik. Oft liefen solche inhaltlichen Projekte parallel zu anderen Grossprojekten wie Bundesratswahlen oder eidgenössische Wahlen und Abstimmungen.

Gute Ausgangslage für die Zukunft

Zwar können wir mit dem Resultat der Wahlen nicht zufrieden sein – der riesige Einsatz der Basis und der Partei wurde schlecht belohnt. Nichtsdestotrotz konnten wir Schlimmeres abwenden, auch dank vieler innovativer Kampagnenmassnahmen: So setzte die FDP als erste Schweizer Partei auf einen systematischen, datengestützten Tür-zu-Tür-Wahlkampf und führte eine Onlinekampagne durch, die die Schweiz noch nie gesehen hat. Der Wahlkampf der FDP – gerade die Basismobilisierung – hat für die Schweiz neue Massstäbe gesetzt.

Hinter uns liegt eine unheimlich intensive und anstrengende Legislatur. Eine Legislatur, die auch das «GS» an die strukturellen Grenzen gebracht hat. Die vollständige Wirkung der Arbeiten und Innovationen wird aber erst in einigen Jahren sichtbar. Darauf dürfen wir uns freuen.

Samuel Lanz
Generalsekretär FDP.Die Liberalen

«Die volle Wirkung der Innovationen wird erst in einigen Jahren sichtbar.»



Die Lage der Wirtschaft in der Welt, in Europa und in der Schweiz verdüstert sich. Entwicklungen wie der US-chinesische Handelsstreit, eine mögliche Rezession in Deutschland oder erodierende Beziehungen zur EU können die offene und exportorientierte Schweiz empfindlich treffen. Darum ist es höchste Zeit für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zum Nutzen aller.

Heute ist die Arbeitslosigkeit tief, der Wohlstand breit verteilt und die Chancenvielfalt gross. Das ist jedoch nicht selbstverständlich, sondern das Resultat von langer, harter Arbeit und weitsichtigen Entscheidungen. Doch darauf können wir uns nicht ausruhen, denn die wirtschaftspolitischen Zeichen verdüstern sich. Wir müssen optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen in ihren Entscheidungen möglichst frei sind, gute berufliche Perspektiven haben und weder von hohen Steuern noch einer übermässigen Paragrafenflut gegängelt werden. Wir müssen jetzt handeln und wichtige Reformen anpacken, bevor es zu spät ist. Darum

haben wir am 22. August 2019 eine Vorwärtsstrategie präsentiert. Eine Auswahl unserer Forderungen finden Sie hier, zum vollständigen Papier gelangen Sie über unsere Website oder indem Sie das Bild mit der XTEND-App scannen.

- Wir müssen den Unternehmen **Innovation** erlauben und sie nicht in unnötige bürokratische Kämpfe verwickeln. Der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer z. B. ist lange überfällig.
- Als Hochtechnologieland braucht die Schweiz genügend gut qualifizierte **Fachkräfte** – aus dem In- wie dem Ausland. Darum fordern wir bei-

spielsweise ein Start-up-Visum für die Techszene.

- **Liberaler Rahmenbedingungen** im Inland fördern einerseits die Binnen- und die Exportwirtschaft und machen die Schweiz andererseits attraktiv für Investitionen und neue Arbeitsplätze aus dem Ausland. Darum sind wir etwa gegen Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen.
- Der **Zugang zum EU-Binnenmarkt** nützt uns und muss langfristig abgesichert werden. Gleichzeitig ist das Netz der Freihandelspartnerschaften ausserhalb der EU zu stärken.
- Wir fordern eine langfristige **Steuerstrategie** der Schweiz: Die Höhe muss für alle verhältnismässig sein, und Steuereinnahmen sind mit attraktiven Bedingungen am Standort Schweiz zu sichern. Zudem muss das Steuersystem einfach sein und darf Leistungswillen nicht bestrafen.
- Unser exzellenter **Forschungs- und Innovationsplatz** hängt zu einem grossen Teil von der Teilnahme an den EU-Forschungsrahmenprojekten ab. Das wollen wir weiterführen. Gleichzeitig sind mehr Kooperationen mit führenden Forschungsstaaten ausserhalb von Europa anzustreben.
- Wir brauchen eine **Finanzplatzregulierung**, welche zwar die Risiken eliminiert, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Die zuständigen Bundesräte und das Parlament sind in der Verantwortung, die zurzeit noch gute Ausgangslage durch eine aktive Strategie gezielt zu stärken und Wettbewerbsnachteile abzuschaffen. Statt gemeinsam vorwärtszuschreiten, fordern jedoch gewisse Kräfte mehr Regulierung und Ausgaben. Andere Kräfte treiben ihre Politik der Abschottung voran. Dies können wir uns nicht erlauben, denn die Wirtschaft braucht liberale Rahmenbedingungen.

Andrea Caroni, Ständerat AR





Mit Verstand und Augenmass handeln

Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang

Die FDP hat Anfang Jahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Aus der Beratung des CO₂-Gesetzes im Ständerat und anhand der eingereichten und teilweise bereits angenommenen Vorstösse wird klar, dass wir unser Versprechen gehalten haben und die Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang ist. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Für die FDP ist klar, dass wir gegenüber den nachfolgenden Generationen eine Verantwortung tragen. Nichtstun ist keine Option! Unter Einbezug unserer Basis sowie sämtlicher Parteigremien wurde innert wenigen Monaten eine starke, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erarbeitet, die sich an den liberalen Prinzipien Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit orientiert und von den Delegierten am 22. Juni sehr klar bestätigt wurde.

Gegen Verbotspolitik und Verweigerungshaltung

Im Gegensatz zu anderen Parteien orientiert sich die umweltpolitische Position der FDP an einem um-

fassenden Begriff der Nachhaltigkeit, ist also ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig. Nur so lassen sich echte Fortschritte erzielen. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir vermutlich die erste Generation sind, die den Klimawandel im Alltag tatsächlich spürt, und gleichzeitig auch die letzte Generation, die tatsächlich wirksame Massnahmen gegen den Treibhausgasanstieg ergreifen kann. Ob im neu-

en CO₂-Gesetz oder mit den bereits eingereichten Vorstössen, wir setzen auf einen ausgeklügelten Massnahmenmix, der diejenigen profitieren lässt, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Totalrevision CO₂-Gesetz

Das vom Ständerat verabschiedete CO₂-Gesetz ermöglicht die konforme Umsetzung der Pariser Klimaziele. Die Rückmeldungen unserer Basis und die Erarbeitung des Positionspapiers waren für die Vertreter der FDP eine zentrale Stütze. Unter unserer Federführung konnten wir im Ständerat diverse Massnahmen beschliessen, an denen sich die Wirtschaft, der Gebäudesektor und der Verkehr orientieren können. Auch wenn in der weiteren Detailberatung durchaus noch Korrekturen möglich und nötig sind, ist der Gesetzesentwurf bereits jetzt ziemlich ausgewogen. Gemäss dem liberalen Grundgedanken kann jeder Mensch selbst entscheiden, ob er sich klimafreundlich verhalten will oder nicht. Sowohl bei der Mobilität als auch bei Heizungen gilt: Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel. Das gilt speziell für die neu eingeführte Flugticketabgabe. Denn ein Grossteil wird wieder an die Bevölkerung zurückverteilt. Aus dem Klimafonds werden Mittel für Massnahmen zur langfristigen Verminderung der CO₂-Emissionen von Gebäuden, im Luftverkehr und für Klimainnovationen in der Schweiz und weltweit verwendet.

Weitere Massnahmen

Die FDP hat neben dem Fokus auf die Beratung des CO₂-Gesetzes zahlreiche Forderungen des Positionspapiers mit über 30 Vorstössen in den politischen Prozess geschickt (siehe die Forderungen der FDP auf unserer Homepage). Die Fraktion fordert den Bundesrat auf, das Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen aus erneuerbaren Energien zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Sicherung der Energieversorgung aufzuzeigen. Ein weiterer Vorstoss regt die Schaffung von Pilotregionen im Strassenverkehr an, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Ebenso soll die Finanzbranche neue Anreize erhalten, um nachhaltige Anlagen zu fördern. Es tut sich also einiges – wir halten, was wir versprechen! Die FDP nimmt ihre Rolle ernst und wird diesen Weg weitergehen. Denn es braucht auch in der Umwelt- und Klimapolitik griffige, freisinnige Lösungen, wenn wir nicht in einer Welt voller Verbote und Bevormundung landen wollen.

Damian Müller, Ständerat LU

«Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel.»

Blick zurück

Aus dem Fotoalbum der FDP

Das war das Wahljahr 2019

Es war lang und intensiv, das Wahljahr 2019. Wir präsentieren Ihnen einige der besten Schnappschüsse.



Ein grosser Erfolg im heissen Sommer: Die FDP-Sonnencreme-Aktion – damit Du kein Roter wirst.



Das 125-Jahr-Jubiläum der FDP wurde am 2. Februar gleich am Gründungsort, dem Bahnhofbuffet Olten, gefeiert.



Ballonfahren ist Teamarbeit.



Motivierte Nationalratskandidatinnen und -kandidaten am Tag der FDP in Aarau am 31. August.



Die Guerilla-Aktion «Neuland», die dem Thema Digitalisierung gewidmet war, erregte schweizweit Aufmerksamkeit.



Der FDP-Messestand mitsamt VR-Brillen und blauer Zuckerwatte fand überall in der Schweiz viel Anklang.



Die Schweiz will: Petra Gössi während ihrer Rede am Tag der FDP in Aarau.

Impressionen aus unserer Basis

Team FDP – gemeinsam weiterkommen

Das Team FDP ist eine Erfolgsgeschichte. Anfang des Jahres 2019 lanciert, hat sich die Basismobilisierung rasch und stark entwickelt. Das Team FDP bleibt auch nach den Wahlen aktiv und wird die Botschaft der FDP weiter an die Menschen in der ganzen Schweiz tragen. Wir zeigen einige Impressionen aus dem Wahljahr.

Im Team FDP haben alle Freisinnigen die Möglichkeit, ihre individuellen Fähigkeiten noch besser einzubringen. Das Team FDP hat sich im Wahljahr bewährt und soll weiter wachsen – werden Sie ein Teil davon, es gibt noch viel zu tun:

https://www.teamfdp.ch/macht_mit



Das Engagement im Team FDP war breit: Es wurden Sonnencremes verteilt ...



... oder Spitzbuben unter die Leute gebracht ...



... mehrmals mit dem Team FDP unterwegs war auch Petra Gössi.



Ausserdem entstand der Digitalisierungs-Podcast «Abenteuer Fortschritt» ...



... Plakate wurden angebracht ...



... Sportanlässe im Team absolviert ...



... und natürlich gingen rund 1000 Freiwillige von Tür zu Tür ...



... um mit den Menschen zu sprechen und sie zu mobilisieren.

Folgen Sie dem Team FDP hier:



@teamFDPSchweiz



@teamFDPSchweiz



@teamfdp_schweiz

Regulierung und Bürokratie

Von links: Jobst Wagner, SD21, Beat Brechbühl, Initiant 5 vor12, Christian Siegenthaler und Andreas Gerber, SVC-Präsident, bei der Preisverleihung im Berner Rathaus. (PPR/Manuel Lopez)



Mit Menschenverstand gegen Food-Waste

Mehr Nachhaltigkeit – nicht mehr Regulierung

Als Praktikant bei der FDP Schweiz setze ich mich täglich für einen schlanken Staat ein. Und so weiss ich: Um Missstände zu korrigieren, braucht es nicht unbedingt neue Regulierung – manchmal reicht eine Portion gesunder Menschenverstand anstelle von Paragrafen völlig aus. Zum Beispiel sollen Lebensmittel auch nach Überschreitung des Mindesthaltbarkeitsdatums verkauft werden können. Mit dieser Idee konnte ich die zweite Ausgabe des Wettbewerbs «5 vor 12 – Preis für schlaue De-Regulierung» gewinnen.

Würden Sie jeden Tag 5 Tafeln Schokolade wegwerfen? Bestimmt nicht, oder? Doch Herr und Frau Schweizer produzieren pro Jahr 190 Kilogramm «Food-Waste» – rund 500 Gramm pro Tag. Die 2,6 Millionen Tonnen im Abfall statt auf dem Teller landenden Lebensmittel fallen zwischen Produktion und dem privaten Konsum an. Dazu zählen also auch die krummen Rüebli, die nicht verkauft werden dürfen. Doch auch schafft es ein Produkt bis ins Regal, hat es eine befristete Lebenszeit: das Mindesthaltbarkeitsdatum, kurz MHD. Heute ist es so, dass nach Überschreitung des MHD Lebensmittel vergärt, kompostiert oder verbrannt werden müssen.

Eigenverantwortung wird gestärkt

Hier setzt meine Deregulierung an. Die Eigenverantwortung der Bevölkerung wird gestärkt und

gleichzeitig die Beziehung zu Lebensmittel hinterfragt, so intelligenter mit unseren Ressourcen umgegangen und zu guter Letzt spart auch die Wirtschaft Geld.

Grossverteiler sollen die Möglichkeit haben, in einem gekennzeichneten Bereich der Verkaufsfläche Lebensmittel, die das MHD überschritten haben, weiterverkaufen zu können. Frische Lebensmittel wie Eier, Fisch oder Fleisch mit einem gesundheitsschädigenden Risiko sind davon ausgenommen. Teigwaren, Dosenravioli oder Tiefkühlkost sind dagegen auch einige Tage, Wochen oder gar Monate nach Überschreitung des MHD einwandfrei geniessbar.

Es lohnt sich auch für Grossverteiler

Das MHD bedeutet nicht, dass ein Lebensmittel am Tag X+1 giftig ist! Es ist an der Zeit, der Be-

völkerung mit neuen Konzepten und Ansätzen auch in diesem Bereich die Eigenverantwortung zurückzugeben und sie selber entscheiden zu lassen, ob die tiefgekühlten Erbsli oder die Banane noch geniessbar sind. Auch für die Grossverteiler, sprich die Wirtschaft, lohnt sich diese Deregulierung. Sie spart jährlich 500 Millionen Franken für die Entsorgung und Vernichtung der Lebensmittel. Mit meinem Vorschlag werden die Lebensmittel auch nicht verschenkt, sondern zu kostendeckenden Preisen verkauft.

Eine wichtige Frage ist natürlich auch: Besteht seitens Konsumenten überhaupt eine Nachfrage nach diesem Angebot?

Ich kann dies doppelt bejahen. Einerseits durch das «Containern», das Sammeln von Lebensmitteln aus Containern bei Supermärkten. Leute, die es betreiben, bewegen sich in einer Grauzone. Müssen sie, um zu den Containern zu gelangen, ein Schloss aufbrechen oder einen Zaun überwinden, droht ihnen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs oder Sachbeschädigung. Durch meinen Vorschlag wird die Illegalität aufgehoben. Das zweite Argument ist der grüne Tsunami vom 20. Oktober. Die Leute in der Schweiz wollen sich nachhaltiger um unsere Ressourcen kümmern. Dann ist es auch bei den Lebensmitteln Pflicht!

Mein Vorschlag ist eine Deregulierung, die das verantwortungsvolle Handeln der einzelnen Bürgerinnen und Bürger fördert, Food-Waste verhindert, die Wirtschaft entlastet und unsere natürlichen Ressourcen schont.

Christian Siegenthaler, Praktikant Kampagnen, Generalsekretariat FDP.Die Liberalen



Christian Siegenthaler bei der Präsentation seiner Idee. Der nationale Ideenwettbewerb wurde 2019 zum zweiten Mal durchgeführt.

Ständerat: Auf zum 2. Wahlgang!

Gemeinsam weiterkommen.

Gehen Sie wählen!



Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

Bürokratie-Monster und Haftungskatastrophe für KMU!

Die sogenannte Konzern-Initiative ist ein gefährlicher Etikettenschwindel für KMU. Denn die Folgen treffen die KMU mit voller Wucht. Neue Haftungsregeln und unklare, weitgehende Anforderungen an die Sorgfaltsprüfung erzwingen einen bürokratischen Kontrollapparat. Auch können KMU für Vorkommnisse bei Zulieferern im In- und Ausland zur Kasse gebeten werden.

Die KMU sind unverhältnismässig stark von der linken Initiative betroffen:

-  KMU haften nicht nur für ihre eigenen Aktivitäten, sondern auch für Verfehlungen von selbstständigen Zulieferern - sogar ohne eigenes Verschulden.
-  Grossunternehmen werden die neuen Auflagen und ihr grosses Haftungsrisiko vertraglich an ihre Lieferanten weitergeben. Für KMU führt dies zu umfassenden Sorgfalts- und Kontrollpflichten.
-  Die umfangreichen Aufsichtspflichten für Lieferanten, Unterlieferanten und Geschäftspartner im In- und Ausland führen zu einem riesigen Mehraufwand. Das zwingt KMU zu einem teuren Kontrollapparat mit schwerfälligen Compliance-Prozessen.
-  Alle Unternehmen können sich bei einer Klage nur von der Haftung befreien, wenn sie ihre Sorgfalt jederzeit lückenlos nachweisen können. Kein anderes Land kennt solche Bestimmungen zum Nachteil ihrer Unternehmen.

stopp-kontrollwahnsinn.ch

Sind Sie betroffen?

Jetzt mit uns Kontakt aufnehmen:
kmu@stopp-kontrollwahnsinn.ch

Position Bundesrat und Wirtschaft

Die Landesregierung teilt grundsätzlich die Ziele betreffend Umwelt- und Menschenrechte, lehnt die Initiative aber ab. Die weltweit beispiellosen Haftungsnormen gehen zu weit. Sie schaden dem Arbeitsplatz und machen unsere Unternehmen erpressbar.

Auch die Wirtschaftsverbände lehnen die extreme Volksinitiative ab:

- economiesuisse
- scienceindustries
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Swissmem



Nein zur Kündigungsinitiative

Angriff auf die Bilateralen abwehren

Im Mai stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Absicht der Initianten ist klar: eine politische und wirtschaftliche Abschottung der Schweiz. Diesen erneuten Angriff auf den stark vernetzten Werk- und Forschungsplatz Schweiz müssen wir abwehren!

Die Initiative stellt zwei klare Forderungen: Die Beendigung der Personenfreizügigkeit mit der EU und den Efta-Ländern sowie ein dauerhaftes Verbot für den Abschluss vergleichbarer Freizügigkeitsabkommen. Dies hätte für unseren Wohlstand erhebliche negative Auswirkungen. Denn es geht nicht nur um die Personenfreizügigkeit: Kann der Bundesrat diese nicht innerhalb von 12 Monaten auf dem Verhandlungsweg ausser Kraft setzen,

muss er das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU innerhalb von 30 Tagen künden. Durch die Guillotineklausele fallen sechs Monate später alle sieben Abkommen der Bilateralen I dahin. Eine Lösung mit Brüssel scheint angesichts der europäischen Grosswetterlage und des Brexit-Chaos unrealistisch.

Der Wegfall der gesamten Bilateralen I mit unseren wichtigsten Handelspartnern würde die

Schweiz hart treffen. Im Handel mit der EU verdienen wir mehr als jeden zweiten Franken. Rund eine Million Jobs hängen direkt oder indirekt vom Zugang zum europäischen Binnenmarkt ab. Mit den Bilateralen I würden wir einen bedeutenden Standortvorteil zu Grabe tragen.

Schädlich und nutzlos

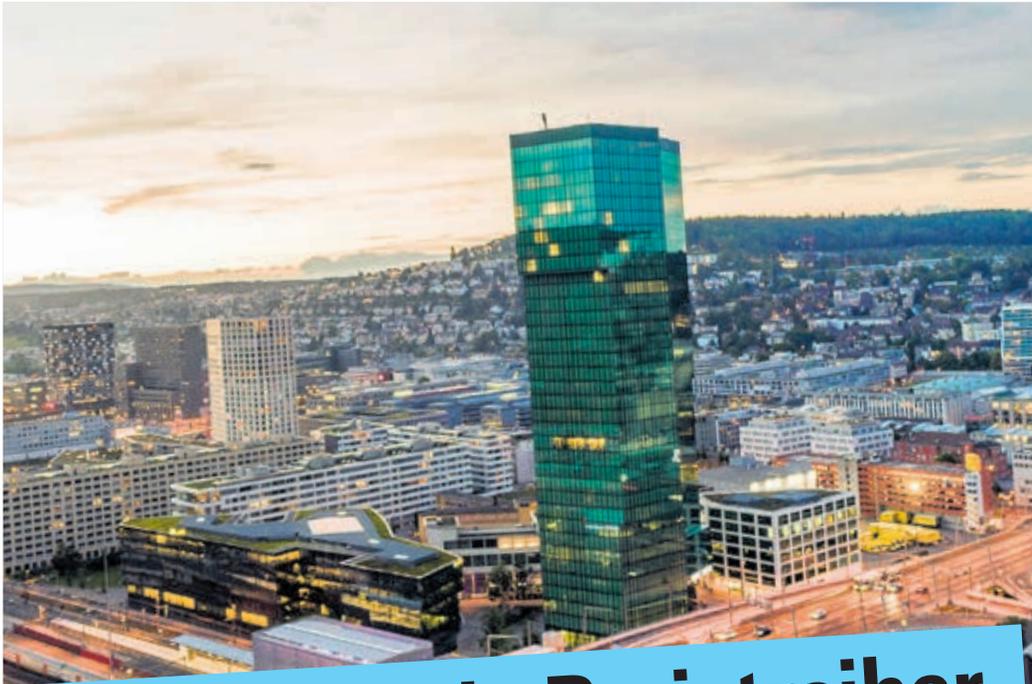
Die Initiative löst auch die eigentlichen Herausforderungen im Bereich Zuwanderung nicht. Diese liegen im Asyl- und teilweise im Drittstaatenbereich, nicht aber bei den in der Regel gut qualifizierten Zuwanderern aus der EU. Die EU-Zuwanderung hat sich jedoch seit 2013 mehr als halbiert und lag 2018 bei 31 000 Personen. Für das Jahr 2019 zeichnet sich eine noch tiefere Zahl ab. Nicht die von der SVP vorgeschlagene staatliche Lenkung hat die Zuwanderung in den letzten Jahren reduziert, sondern die positive wirtschaftliche Entwicklung Europas, insbesondere Deutschlands. Je besser die Schweizer Wirtschaft läuft, umso mehr Fachkräfte zieht sie an. Wenn aber trotz guter Konjunktur weniger Fachkräfte in die Schweiz kommen, heisst das: Der Wettbewerb wird härter. Bürokratische Zulassungsverfahren für Fachkräfte aus Drittstaaten oder restriktive EU-Kontingente, wie von der SVP verlangt, sind dann ein Bremsklotz für die Entwicklung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Schweiz.

Keine Verdrängung

Die SVP versucht, die Initiative zu emotionalisieren und Ängste um Arbeitsplätze in der Bevölkerung zu schüren. Der jährliche Beobachtungsbericht des Staatsekretariats für Wirtschaft stellte bisher jedoch keine Verdrängung von Inländern auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderer fest. Nach fast zwei Jahrzehnten Personenfreizügigkeit hat die bereits hohe Beschäftigung sowohl für Schweizer wie auch für die Zuwanderer noch weiter zugenommen. Vom Beschäftigungswachstum haben weitgehend alle Kantone und Regionen profitiert.

Der wichtigste Faktor für sichere Arbeitsplätze in unserem Land sind letztlich gute wirtschafts- und handelspolitische Rahmenbedingungen. Deshalb sind die Bilateralen I, die uns den barrierefreien Zugang zum EU-Binnenmarkt garantieren, von enormem Wert. Wir sind auf diesen grossen Markt vor unserer Haustür angewiesen. Fällt dieser Zugang weg, hat dies unweigerlich massiv negative Konsequenzen für die Arbeitsplätze in unserem Land. Kurzum: Die Kündigungsinitiative der SVP löst keine Probleme, schafft aber schwerwiegende neue! Getrauen wir uns deshalb, dieser gefährlichen Initiative mutig entgegenzutreten, die Fakten sind auf unserer Seite.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE



Der Staat als Preistreiber bei Wohnungen?

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will Mietwohnungen staatlich fördern und damit die Marktpreise erhöhen: 10 Prozent der Neubauten sollen gemeinnützig sein. Dafür will sie unter anderem eine landesweite Mindestquote an gemeinnützigen Wohnungen in die Bundesverfassung setzen. Die geforderten Markteingriffe sind jedoch weder nötig noch realistisch.

Der Marktanteil gemeinnütziger Wohnbauträger bei neugebauten Wohnungen beträgt heute schweizweit knapp 5 Prozent. Die Initianten wollen Bund und Kantone verpflichten, diesen Anteil auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Die Initiative ist mit den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung nicht vereinbar, denn sie führt letztlich dazu, dass Wohnungen knapper werden und die Preise für Wohnungen steigen.

Um die verlangte Quote zu erreichen, müsste die staatliche Förderung stark ausgebaut werden. Das heisst, der Staat müsste selbst anfangen, entweder Wohnungen zu bauen oder zu kaufen. Damit wird der private Markt knapper, und die Preise steigen. Eigentlich wollen die Initianten ja erschwinglichen Wohnraum erzielen – aber der Effekt dieser gut ge-

meinten und falsch gemachten Lösung ist das Gegenteil: Für alle privaten Wohnungen verknappt sich der Markt, und dies öffnet die Türe für Spekulationen und Preistreiberei.

Staatlicher Wohnungsbau verknappt den Markt

Mit der 10-Prozent-Quote staatlichen Wohnens müssten bei gleichbleibender privater Bautätigkeit in der ganzen Schweiz jährlich mehr als doppelt so viele gemeinnützige Wohnungen erstellt werden.

«Ziel ist erschwinglicher Wohnraum – die Initiative erreicht das Gegenteil.»

Die Quote in der Verfassung zwänge den Bund, in den Bau von gemeinnützigen Wohnungen zu investieren, obwohl gar kein Bedarf besteht: In der Schweiz sind die Leerstände so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. 75 323 Wohnungen standen am 1. Juni 2019 leer. In manchen Regionen erhält man sogar mietfreies Wohnen für mehrere Monate.

Bundesamt für Wohnungsbau konkurriert mit Kantonen

Zwar ist die Nachfrage nach Wohnungen in den grossen Städten Zürich, Basel, Genf, Lausanne und Bern nach wie vor sehr hoch. Allerdings betreiben gerade diese Städte heute ihre eigene Politik zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Eine Lösung aus Bern würde diese eigenständigen und föderalen Lösungen konkurrenzieren. Überdies ist es offensichtlich, dass die kantonalen Behörden die Verhältnisse vor Ort viel besser kennen, als die Bundesstellen.

Private Bauherrn müssen zurückstehen

Um das private Bauen so zu steuern, dass der Bund genügend Bauen kann, müsste der Bund über enorme staatliche Eingriffe am Markt intervenieren. Der Bund könnte zum Beispiel über Kontingente festlegen, welche Bauträger jährlich wie viele Wohnungen bauen dürfen. Oder er könnte durch Baubeschränkungen privaten Wohnungsbau gezielt verhindern und die Quote staatlicher Wohnungen so ohne jegliche Bautätigkeit steigern. Allein diese Gedankenspiele zeigen, wie unpassend eine solche Initiative wäre.

Grundlagenirrtum: Staatliche Wohnungen sind nicht billig

Die Initianten sitzen einem Grundlagenirrtum auf: Sie gehen davon aus, dass preisgünstige Wohnungen ausschliesslich durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden. Dabei verkennen sie, dass auch private Investoren günstige Wohnungen bauen können – und dabei noch innovativ sind. Heute ist doch klar: Den Wohnungssuchenden ist mit einem gesunden Markt und einem guten Angebot am besten gedient. Wird Bautätigkeit gefördert und Vermieten attraktiv, wird automatisch in diesen Markt investiert. Subventionen, Regulierungen und Beschränkungen setzen aber genau die falschen Anreize und verteuern es, Wohnungen zu bauen.

Daniela Schneeberger
Nationalrätin BL

Die Neugewählten stellen sich vor

Damien Cottier

«Emploi, Europe, Environnement»

Nach den eidgenössischen Wahlen dürfen wir einige neue Gesichter im Nationalrat begrüßen. Die Neugewählten stellen sich Ihnen gleich selber vor. Den Anfang macht Damien Cottier (44) aus dem Kanton Neuenburg.

Die Bürgerinnen und Bürger von Neuenburg haben mich am 20. Oktober in den Nationalrat gewählt, was mich sehr ehrt. Gerne werde ich mich von ganzem Herzen für die Verteidigung liberaler Werte im Parlament einsetzen. Ich darf zu einer Fraktion stossen, die ich ziemlich gut kenne: Nach 15 Jahren Tätigkeit auf kantonaler Ebene (insbesondere als Grossrat und Fraktionschef) hatte ich in den letzten zehn Jahren regelmässig mit der FDP-Fraktion zu tun, zuerst als Kommunikations-Chef der FDP Schweiz, danach acht Jahre als persönlicher Mitarbeiter von alt Bundesrat Didier Burkhalter.

Meine politischen Prioritäten liegen auf den drei Themen Arbeitsplätze, Europa und Umwelt. Sie sind für eine wohlhabende und nachhaltige Schweiz unerlässlich und lassen sich Französisch mit «3 E» zusammenfassen:

1) Emploi: Wir müssen die Beschäftigung fördern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und die For-

schungs- und Innovationskapazitäten unseres Landes sichern und Teil der digitalen Revolution sein. Unsere Unternehmen arbeiten daran, der Bund muss es besser machen! Die Schweiz setzt hier auf die liberale Vision der FDP.

2) Europe: Wir müssen unsere Beziehungen zu Europa sichern. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist von entscheidender Bedeutung. Wir müssen die Kündigungsinitiative bekämpfen, das Rahmenabkommen unterstützen und so den bilateralen Weg, den Königsweg der Schweiz, sichern. Die Schweiz setzt hier auf den Mut und den Pragmatismus der FDP.

3) Environnement: Wir müssen mehr für die Umwelt tun. Unsere Partei muss und will ihr Engagement verstärken: mit liberalen Rezepten, durch Innovation, aber ohne Angst vor stärkeren Massnahmen, wenn nötig. Wir wollen den Klimawandel begrenzen und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen



Damien Cottier

– eine «Green Economy» statt Wachstumskritik. Die Schweiz setzt hier auf die Weitsicht der FDP.

Indem wir an diesen Fronten kämpfen, werden wir gemeinsam weiterkommen. Für eine prosperierende, offene und nachhaltige Schweiz. Eine liberale Schweiz.

Damien Cottier,
gewählter Nationalrat NE

Jacqueline de Quattro

Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Jacqueline de Quattro bringt einen grossen politischen Rucksack mit. Sie steht dem Departement für Bau und Umwelt des Kantons Waadt vor.

Ich bin ein echter Schweizer «Tuttifrutti». Ich bin am Ufer der Limmat in Zürich geboren, wo ich bis zum Alter von 11 Jahren lebte. Meine Eltern liessen sich dann im Kanton Waadt nieder, wo ich die Schule besuchte und studierte. Jedes Jahr verbringe ich meine Ferien mit meiner Familie in Graubünden und spreche Italienisch. Als ausgebildete Rechtsanwältin habe ich den Weg des Rechts um der Gerechtigkeit willen gewählt. Ich mag es auch, ein Schauspieler, ein Entscheidungsträger zu sein. Ich wollte schon immer Dinge verändern, mich an der Gestaltung eines Gesellschaftsprojektes beteiligen, das auf liberal-freisinnigen Werten basiert. Das sind die Gründe, warum ich der FDP beigetreten bin.

Nachdem ich in den Legislativen und Exekutiven meiner Gemeinde und im Grossen Rat meine Spuren abverdiente, wurde ich 2007 in den Staatsrat des Kantons Waadt berufen. Ich war für die Bereiche Sicherheit, Umwelt, Energie, Gleichstellung und Raumplanung verantwortlich. In diesen ver-

gangenen dreizehn Jahren habe ich gesellschaftspolitische Themen wie die Stärkung der Sicherheit, den Ausbau erneuerbarer Energien, Umweltschutz, die Umsetzung der neuen Rumplanungsgesetzgebung, die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gleichberechtigung umgesetzt.

Das Land voranbringen

In Bern werde ich an der Findung der notwendigen Kompromisse mitarbeiten, um unser Land voranzubringen, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Energie und Sicherheit. Ich bin gegen eine Bestrafungs-Ökopolitik, die unsere Unternehmen und den Mittelstand benachteiligen würde. Wir müssen jedoch neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft von morgen schaffen, die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit fördern.

Jacqueline de Quattro,
gewählte Nationalrätin VD



Jacqueline de Quattro

Simone de Montmollin

Für eine starke Zusammenarbeit

Simone de Montmollin aus Genf kämpft für Gemeinwohl und Zusammenarbeit. Sie möchte sich für das Interesse des Landes einsetzen und dabei die regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

Als Önologie-Ingenieurin arbeitete ich zunächst in Lehre und Forschung, bevor ich als Selbstständige bei technischen und wirtschaftlichen Fachverbänden tätig war. Ich lebe auf dem Land in Genf, mit meinem Mann und unseren beiden Töchtern. Als Präsidentin der Verband Schweizer Önologen bin ich Mitglied in den Ausschüssen verschiedener Berufsverbände.

Ich bin seit 2008 in der Politik voll engagiert (gewählt als Abgeordnete im Verfassungsrat, dann als Grossrätin 2013, wiedergewählt 2018). Meine Hauptmotivation ist das Engagement für das Gemeinwohl, das untrennbar mit unseren Bürgerpflichten verbunden ist.

Meine politischen Interessengebiete erweitern meine beruflichen Engagements: Wirtschaft, Umwelt, Raumordnung, Landwirtschaft, Energie, Ausbildung, Forschung und unsere multilateralen Beziehungen. In diesem Zusammenhang begrüsse ich

die Position der FDP zum Thema Umwelt, die am 22. Juni 2019 klar bestätigt wurde.

Nach zehn Jahren in der kantonalen Politik freue ich mich, mich im Nationalrat engagieren zu dürfen. Die Rahmenbedingungen für eine prosperierende und diversifizierte Wirtschaft bleiben eine Priorität. Die umweltpolitischen Fragen betreffen uns sowohl in wirtschaftlicher als auch privater Hinsicht und schliessen Themen wie lokale Lebensmittel oder die Erhaltung des Naturerbes ein. Nur koordiniertes Vorgehen, auf nationaler wie globaler Ebene, wird wirksam sein. Ich stehe ein für Kohärenz. Dazu gehören multilaterale Abkommen, die unseren Exportunternehmen Rechtssicherheit bieten, ebenso wie die Entwicklung einer nachhaltigen einheimischen Wirtschaft.

Simone de Montmollin,
gewählte Nationalrätin GE



Simone de Montmollin

Alex Farinelli

Sozialwerke, Umwelt, Aussenbeziehungen

Auch Alex Farinelli aus dem Tessin liegt der Föderalismus am Herzen. Zudem sieht er drei grosse Herausforderungen für unser Land, die er gerne anpacken würde.

«Im Interesse der Schweiz handeln und gleichzeitig die Besonderheiten aller Kantone berücksichtigen»: So könnte ich meine politischen Prioritäten zusammenfassen. Wenn man die verschiedenen Regionen unseres Landes in Bundesbern stärker berücksichtigen möchte, stellt man sich nicht gegen die Interessen des Landes. Vielmehr zählt es, dass man bereit ist, über die lokalen und nationalen Interessen nachzudenken und sie sorgfältig abzuwägen, wenn sie manchmal voneinander abweichen.

Drei grosse Themen

Nach meiner Meinung werden in den kommenden vier Jahren drei Themenbereiche in Bern eine zentrale Rolle spielen: Der erste ist die Alterung der Bevölkerung, die uns zu einem Umdenken beim Rentensystem zwingt, sowie die Herausforderung, dem Anstieg der Gesundheitskosten zu begegnen. Der zweite Bereich ist die Umweltpolitik, die eng

mit der Energiestrategie und der Verkehrspolitik verknüpft ist – für das Tessin bedeutet dies die Vollenkung von AlpTransit mit der Verlagerung des Warentransits von der Strasse auf die Schiene. Und drittens sehe ich die Beziehungen zum Ausland und insbesondere zu Europa, das in jeder Hinsicht (Wirtschaft, Sicherheit, Forschung usw.) unser wichtigster Partner ist.

Von Bedeutung sind natürlich noch viele weitere Themen wie Bildung, Digitalisierung oder Armee – auch hier gibt es Herausforderungen anzupacken. Aber die drei erstgenannten Themenbereiche dürften am meisten in unseren Alltag einfließen, und ich werde sehr gerne, zusammen mit meinen freisinnigen Kolleginnen und Kollegen, an diesen grossen Herausforderungen für die Schweiz arbeiten.

Alex Farinelli,
gewählter Nationalrat TI



Alex Farinelli

Die Neugewählten stellen sich vor

Anna Giacometti

Ein langer Arbeitsweg

Anna Giacometti ist Gemeindepräsidentin von Bregaglia, wo 2017 der Bergsturz vom Piz Cengalo niederging und das ganze Land bewegte. Für Graubünden holt sie nach 8 Jahren den Nationalratssitz der FDP zurück.

Ich bin 1961 geboren und in Castasegna GR – an der Grenze zu Italien – aufgewachsen. Mit sechzehn Jahren habe ich das Bergell verlassen, um am Lyceum Alpinum Zuoz die Handelsschule zu absolvieren; es folgte ein Jahr in England, dann arbeitete ich in Chur. Nach einer Ausbildung beim Departement für auswärtige Angelegenheiten in Bern war ich im konsularischen Dienst auf der Schweizer Botschaft in Lissabon und im Generalkonsulat in Mailand tätig. 1987 bin ich ins Bergell zurückgekehrt; ich habe zwölf Jahre lang einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb geführt und war Präsidentin der Vormundschaftsbehörde Oberengadin/Bergell.

Erfahrung mit schwierigen Situationen

Seit vielen Jahren bin auf kommunaler und regionaler Ebene politisch tätig. Als Präsidentin des Regionalverbandes Bregaglia durfte ich das Fusionsprojekt der Bergeller Gemeinden koordinieren und als

Gemeindepräsidentin die Entwicklung der Gemeinde Bregaglia mitgestalten. Nach dem Bergsturz am Piz Cengalo konnte ich zeigen, dass es für die Bewältigung einer Naturkatastrophe und bei schwierigen Situationen nicht auf Frau oder Mann ankommt.

Ich habe dieses Jahr für den Nationalrat kandidiert, weil ich dazu beitragen wollte, dass die FDP Graubünden ihren Sitz im Nationalrat zurückerobert. Meine Wahl war für mich eine grosse Überraschung. Ich freue mich sehr, die Interessen der Bündner Bevölkerung im Nationalrat vertreten zu dürfen. Vermutlich bin ich die Parlamentarierin mit dem längsten Arbeitsweg.

Ich lebe mit meinem Lebenspartner in Stampa GR und habe zwei erwachsene Söhne und ein Enkelkind.

Anna Giacometti,
gewählte Nationalrätin GR



Anna Giacometti

Andri Silberschmidt

Vom Jungfreisinn in den Nationalrat

Andri Silberschmidt ist jung, ambitioniert und seit 2016 Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Nun ist er mit 25 Jahren der jüngste Nationalrat.

Manches konnte man in den letzten Wochen und Tagen über mich lesen: dass ich jetzt 10 Jahre bei der Zürcher Kantonalbank war, vor drei Jahren mit Freunden als Start-up eine Gastronomieketten namens kaisin. gegründet habe, acht Jahre in unterschiedlichen Funktionen beim Jungfreisinn mich engagierte und seit Frühjahr 2018 im Zürcher Gemeinderat mitwirken darf. Hinzufügen kann ich, dass ich nach meiner Banklehre an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) einen Bachelor in Betriebsökonomie abgeschlossen habe. Vor wenigen Monaten konnte ich an der Cass Business School in London den Master in Global Finance erfolgreich zu Ende bringen. Von morgens sechs bis sieben findet man mich meistens im Fitness und auch sonst steht Sport häufig auf dem Programm. Und im Übrigen mache ich halt in meiner Freizeit das, was 25-Jährige so machen.

Zum Politischen: Für mich war schon als Jugendlicher keine Frage, dass ich mich im Freisinn

engagieren möchte. Ich habe eine grundliberale Einstellung, sehe aber die Notwendigkeit, dass der Staat seine Kernaufgaben, ausgestattet mit den notwendigen Mitteln, wahrnehmen muss. Persönlich ist mir auch der soziale Ausgleich wichtig. Jene, die leistungsfähig sind, dürfen nicht durch unnötige Regulierung gebremst werden. Aber jene, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, müssen wir gezielt und nach dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» unterstützen. Zudem möchte ich, dass die Schweiz die Chancen der Digitalisierung nutzen kann.

Ich weiss, welch unglaubliches Privileg ich habe, nun in Bern mitwirken zu können. Das wird mich fordern, aber ich verspreche, dass ich mich mit all meinen Möglichkeiten einsetzen will. Für unseren Kanton, für die Schweiz und natürlich ganz besonders für die FDP.

Andri Silberschmidt,
gewählter Nationalrat ZH



Andri Silberschmidt

Susanne Vincenz-Stauffacher

Vereinbarkeit in der Praxis

Susanne Vincenz-Stauffacher zieht für den Kanton St. Gallen in den Nationalrat. Die Herausforderungen von Beruf, Familie und politischem Engagement kennt sie aus der alltäglichen Praxis.

Aufgewachsen in einer politisch interessierten Familie, waren lebhaft Diskussionen an der Tagesordnung. Die Akzeptanz unterschiedlicher Auffassungen und die Lust, die eigene Meinung zu vertreten, konnten dabei nachhaltig Wurzeln schlagen.

25-jährig wagte ich den «Sprung ins kalte Wasser» und gründete zusammen mit einer Studienkollegin eine eigene Anwaltskanzlei. Meine beruflichen Schwerpunkte, Familien-, Bildungs- und Wirtschaftsrecht, habe ich stets kombiniert mit sozialen Engagements, beispielsweise als Präsidentin der kantonalen Frauenzentrale sowie als Ombudsfrau Alter und Behinderung und als Präsidentin der Opferhilfe, beides für die Kantone St. Gallen und beider Appenzell. Hinzu kam der Einsitz im Kantonsrat. Als Mutter von zwei Töchtern habe ich dabei die Herausforderungen hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik ganz praktisch erlebt.

Der Nationalratswahlkampf erforderte weit über hundert Auftritte in allen Regionen unseres Ringkantons St. Gallen. Das war ausgesprochen spannend. Die dadurch erreichte Bekanntheit hat sicher zum guten Wahlergebnis beigetragen. Mein persönlicher Gewinn geht aber viel weiter. Die zahllosen Gespräche mit unterschiedlichsten Menschen haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass es sich lohnt, für die Öffentlichkeit tätig zu sein.

Ich bin sehr motiviert, im Nationalrat meine politischen Schwerpunkte umzusetzen: gute Bildung für alle; langfristige Sicherung der Altersvor-



Susanne Vincenz-Stauffacher

sorge; solide Rahmenbedingungen für die Wirtschaft; Förderung Vereinbarkeit Familie, Beruf und Politik; Eigenverantwortung für eine nachhaltige Klimapolitik. Ich freue mich darauf!

Susanne Vincenz-Stauffacher,
gewählte Nationalrätin SG

AGENDA

11. Januar

Delegiertenversammlung im Kanton Schwyz

9. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. April

Delegiertenversammlung in Biel

27. Juni

Delegiertenversammlung

31. Oktober

Delegiertenversammlung

Abonnieren Sie den Meinungsmacher

Mit unserem elektronischen FDP-Newsletter «Meinungsmacher» bleiben Sie auf dem Laufenden!

Abonnieren unter:
<https://www.fdp.ch/newsletter>
oder mit dem QR-Code.



So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!



1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.

2 Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».

3 Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

Wir gratulieren allen bisher gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und wünschen viel Erfolg!

Gemeinsam weiterkommen.



Thierry Burkart



Matthias Jauslin



Susanne Vincenz-Stauffacher



Andri Silberschmidt



Andri Silberschmidt



Alex Farinelli



Anna Giacometti



Frédéric Borloz



Olivier Feller



Kurt Fluri



Laurent Wehrli



Christian Lüscher



Simone de Montmolin



Josef Dittli



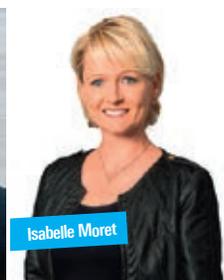
Hans Wicki



Daniela Schneeberger



Marcel Dobler



Isabelle Moret



Philippe Bauer



Damien Cottier



Jacques Bourgeois



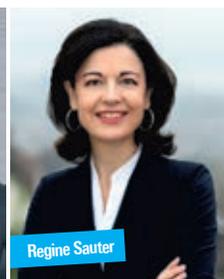
Philippe Nantermod



Rocco Cattaneo



Hans-Peter Portmann



Regine Sauter



Beat Walti



Damian Müller



Jacqueline de Quattro



Christa Markwalder



Christian Wasserfallen



Petra Gössi



Martin Schmid



Doris Fiala



Andrea Caroni



Thomas Hefti



Albert Vitali